

Unangebrachte Hemmung

Soldaten der Bundeswehr fühlen sich „im eigenen Land nicht mehr sicher“. Überfälle auf Kasernen haben drastisch zugenommen.

Sonntag, 15. Juni, 3.45 Uhr. Am Zaun der Sigmaringer Graf-Stauffenberg-Kaserne wird ein Wehrpflichtiger, der Streife geht, hinterrücks von einem Mann angefallen und mit fünf wuchtigen Messerstichen niedergestreckt. Erst Warnschüsse eines zweiten Wachsoldaten vertreiben den Angreifer, der überfallene Soldat überlebt, so ein Vorgesetzter, „nur durch glückliche Umstände“. Der Täter, ergeben die Ermittlungen, hatte ein Loch in den Zaun geschnitten, um sich Zugang zu verschaffen.

21. Juni, 5 Uhr früh: Zwei Gefreite, die auf dem Gelände der Hahnenkamm-Kaserne im mittelfränkischen Heidenheim Wache schieben, lassen sich von einem im Gebüsch versteckten Eindringling überrumpeln. Sie befolgen zackige Kommandos („Wache raustreten“, „Hände hoch“, „Waffen ablegen“), liefern dem Maskierten, der mit einem Messer bewaffnet war, Gewehre und Munition ab, lassen sich mit Klebeband fesseln. Der Waffenräuber flieht mit seiner Beute so, wie er gekommen war – über den Kasernenzaun.

2. Juli, 2 Uhr nachts: In der Zieten-Kaserne in Göttingen-Geismar bricht ein Feuer aus. Eine Baracke, vollgestopft mit Akten der Standortverwaltung und des Standortpfarrers, brennt lichterloh. Als die Feuerwehr den Brand gelöscht hat, sind die Akten vernichtet, die Räume total zerstört. Eine Gruppe namens „Feurige Ratten“ bekennt, die „Bundeswehr flambiert“ zu haben.

20. Juli, 3 Uhr morgens: Im Bundeswehr-Treibstofflager Magdalenenhausen bei Wetzlar stöbern Wachsoldaten fünf Männer auf, die sich am Zaun zu schaffen machen. Vier entkommen, einer wird gefaßt. Der Festgenommene hat Pfeile und Bogen bei sich, mehrere Messer und ein asiatisches Kampfholz („Nunchaku“), was er mit seiner „Vorliebe für eine fernöstliche Kampfsportart“ erklärt. Das Verteidigungsministerium vermutet, daß mit den Pfeilen Benzinvorräte in Brand geschossen werden sollten, eine „ganz große Sauerei“.

Mitten im „tiefsten Frieden“, sorgt sich Generalleutnant Werner Lange, Befehlshaber des II. Korps in Ulm, seien die Soldaten „im eigenen Land nicht mehr sicher“. Wachposten würden „aus heiterem Himmel angefallen“, müßten „um ihr Leben kämpfen“. Lange, Vorgesetzter von 80 000 Soldaten: „Wir sind doch nicht im Krieg.“

Aber für Wachsoldaten ist auch der Friedensdienst lebensgefährlich. Trotz



Ausgebrannte Bundeswehr-Laster in Glinde: Loch in Zaun gesäbelt

Stacheldraht auf Zäunen und Mauern, trotz Stolperdrähten im Sperrgebiet und strenger Bewachung haben Anschläge und Überfälle auf Kasernen, Militärdépôts und Munitionslager, wie das Bonner Verteidigungsministerium bestätigt, „drastisch zugenommen“.

Allein 1985 wurden im Schnitt zweimal pro Woche geglückte oder abgewehrte „Eindringversuche“ gemeldet, waren Einrichtungen der Bundeswehr 115 „massiven Attacken“ (Heeressprecher Werner Widder) ausgesetzt.

Noch 1981 wurden lediglich acht ähnlich gelagerte Fälle registriert, den An-

stieg nennt das Bundesverteidigungsministerium „alarmierend“. Die Zahl der Sprengstoff- und Brandanschläge auf Militäranlagen und Verwaltungsgebäude, wie etwa Kreiswehrrersatzämter oder Wehrbereichskommandos, stieg in den vergangenen vier Jahren um das Doppelte.

Wachsoldaten, die im Weg sind, werden niedergestochen, zusammengeschlagen, gefesselt und entwaffnet. Der angeandrohte „Schußwaffengebrauch“ schreckt Täter nicht mehr ab.

Zur Gewaltserie kommt eine Welle anonymen Bombendrohungen: 1981 wa-



Wachsoldaten auf Streifengang*: „Aus heiterem Himmel angefallen“

* In der Hindenburg-Kaserne in Neumünster.

ren es 118, letztes Jahr schon 486. An vielen der 1350 bewachten Objekte wurden die Wachmannschaften verstärkt, die Wachsoldaten zu erhöhter Aufmerksamkeit vergattert. Doch nur ganz wenige Übergriffe werden rechtzeitig entdeckt.

Auch die Aufklärungsquote ist deprimierend gering. Die Zunahme der Sprengstoff-Attentate und Brandstiftungen schreiben Terror-Experten des Bundeskriminalamts „eindeutig“ der linken Anarcho-Szene zu. Doch Bekennerrückmeldungen wie bei den „Feurigen Ratten“ in Göttingen gibt es selten.

So blieben Bombenanschläge auf das Marburger Kreiswehersatzamt oder auf die Dienststelle des Verteidigungsbereichskommandos 45 in Neustadt an der Weinstraße ungeklärt. Auch die Brandstifter, die im Januar 1985 im Bundeswehr-Gerätedepot Glinde bei Hamburg ein Loch in den Zaun säbelten, Bundeswehr-Laster mit Benzin übergossen und anzündeten, wurden nicht gefaßt. Ebenso entkamen die Feuerleger, die vorletzte Woche auf dem Wasserübungsplatz der Bundeswehr-Pionierschule München eine Halle mit 30 Schlauchbooten sowie mehrere Holzschuppen einäscherten.

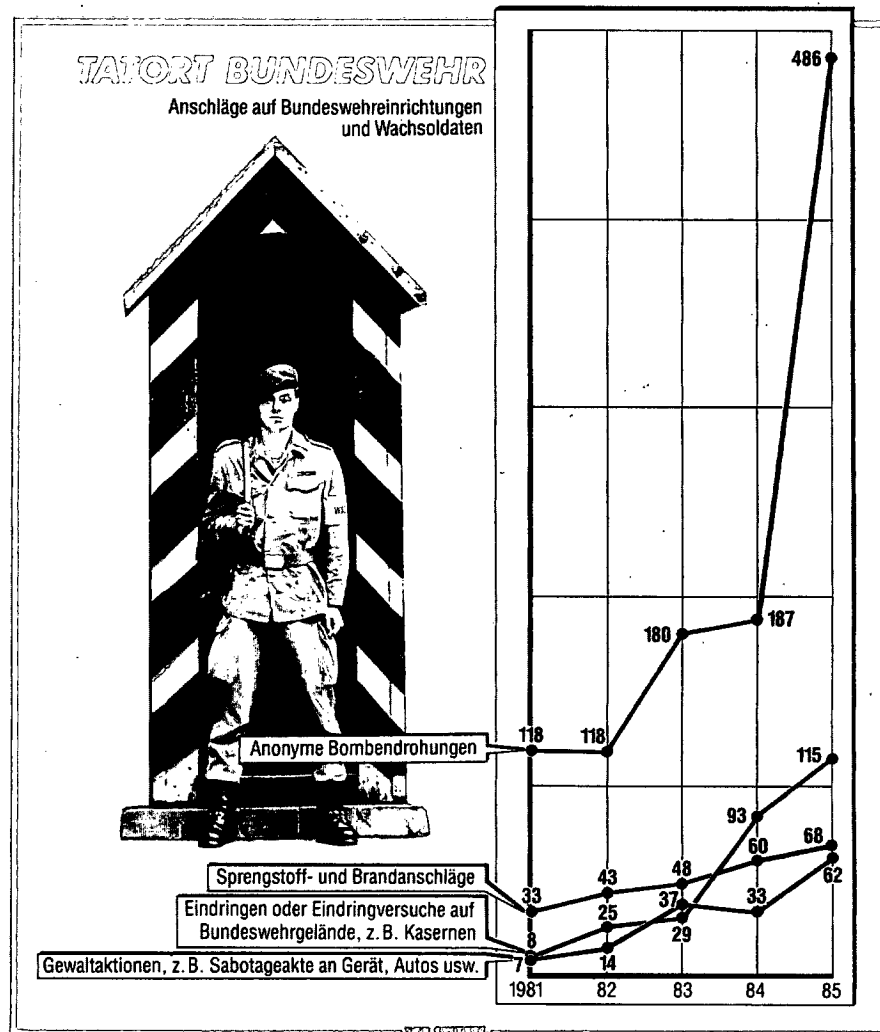
Bei Überfällen auf Wachsoldaten und Munitionsdepots allerdings gibt es laut Heeressprecher Widder „nicht einen einzigen Beweis für ein terroristisches Umfeld“. Bei Terroristen wurden Bundeswehrwaffen bisher nicht gefunden.

Es sind „keine politisch motivierten Verbrecher“ (Widder), die Wachsoldaten angreifen, Waffen und Munition erbeuten, um weitere Straftaten zu begehen. Oft sind ehemalige Wehrpflichtige unter den Tätern, die das Kasernenumfeld und Schwachstellen bei der Bewachung kennen und ausnutzen.

Besonders dreist gingen zwei Brüder im Alter von 17 und 21 Jahren vor, die im Dezember 1984 und im Mai 1985 Wachposten der Boelcke-Kaserne in Langenhagen (bei Hannover) überrumpelten, ehe sie auf Hinweis eines Nachbarn festgenommen wurden. Beim ersten Mal erbeuteten die Brüder die Dienstpistolen der Wächter, beim zweiten Mal nahmen sie ihren Opfern, einem Obergefreiten und einem Kanonier, Sturmgewehre, Munition und Truppenausweise ab. Die Wachsoldaten wurden jeweils gefesselt und geknebelt.

Durch bessere Ausbildung wollen Bundeswehrkommandeure solchen Schlappen vorbeugen. Übungen am Kasernenzaun und Filmvorführungen aus der Praxis („Festnahme und Waffengebrauch“) sollen die in trockenem Juristendeutsch verfaßten Wachvorschriften auflockern und jedem Soldaten die „Wichtigkeit seiner verantwortungsvollen Tätigkeit“ vermitteln. „Wachdienst“, heißt es in einem Papier des Verteidigungsministeriums vom Juni 1986, sei der „Ernstfall für den Frieden“.

Ob das überkommt, erscheint fraglich. Der öde Wachdienst rund um die Uhr,



wie er jeden Tag von 7600 Bundeswehr-Soldaten geleistet werden muß, ist geeignet, Wachsamkeit eher zu dämpfen, als zu fördern. Weil meist überhaupt nichts passiert, führen Monotonie und Schlafmangel bei Wachsoldaten im Ernstfall zu langsamer oder verspäteter Reaktion.

Doch eine Schichtverkürzung, etwa auf zwölf oder sechs Stunden, planen die Bundeswehr-Oberen nicht. Am einschläfernden 24-Stunden-Rhythmus, sagt Heeressprecher Widder, „wird nicht gerüttelt“. Bei kürzeren Schichten müßten die Soldaten öfter Wache schieben, sie würden häufiger die Kampfausbildung versäumen, „der Dienstplan käme durcheinander“. Auch sei von jedem Bundeswehr-Soldaten zu verlangen, „daß er 24 Stunden unter Anspannung seine Pflicht tut“ (Widder).

Ändern soll sich aber die innere Einstellung der Wachsoldaten, denn die kommt vielen Vorgesetzten zu lasch vor. So bemängelt der Ulmer Generalleutnant Lange offen die „Scheu unserer jungen Leute“, in Notwehrsituationen „von ihrer Waffe Gebrauch zu machen“. Diese „unangebrachte Hemmung“, so Lange, müsse durch „Erziehungsarbeit“ beseitigt, der junge Soldat „in der Rechtslage sicherer“ gemacht werden. Jeder Wachposten müsse wissen, daß er auf Eindringlinge, die seine Befehle

nicht befolgten, schießen dürfe, sofern er dies aus „subjektiver Einschätzung der Lage für erforderlich“ halte, auch dann, „wenn er gegebenenfalls die Situation falsch beurteilt“.

In der Vorschrift „Der Wachdienst in der Bundeswehr“ werden die Soldaten zwar angewiesen, „nicht mit Kanonen auf Spatzen“ zu schießen, Angreifer zunächst mit Fausthieb oder Gewehrstoß abzuwehren. Doch wenn ein Wachsoldat „nach pflichtmäßiger Prüfung der erkennbaren Umstände“ scharf schießt, weil er sich von einem Unbekannten bedroht fühlt, der „zur Nachtzeit einen Stock wie ein Gewehr“ auf ihn richtet, gilt das als „rechtmäßig“.

Vor solchen Situationen fürchten sich viele Soldaten, weil sie in Sekundenbruchteilen entscheiden müssen und deshalb der Gefahr von Fehleinschätzungen ausgesetzt sind. Nur in 13 Prozent aller Fälle wurden Eindringlinge 1985 mit der Schußwaffe auf Distanz gehalten, vorwiegend durch Abgabe von Warnschüssen.

Im Zweifel gucken Posten auch schon mal weg, statt abzudrücken – wenn sie etwa in einem fliehenden Zaunkletterer einen Kameraden vermuten, der den Zapfenstreich überschritten hat.

Solche Zurückhaltung ist zwar kaum geeignet, potentiellen Eindringlingen,

wie in einer Wachanweisung gefordert, das „erhebliche Restrisiko“ vor Augen zu führen. Für Leichtfertige jedoch, die sich im Alkoholausgang zu dümmlichen Mutproben überreden lassen, kann sie lebensrettend sein.

Um Trinkkumpanen zu beweisen, daß Bundesweherschlosser „mit einem Handtuch zu knacken sind“, kletterten zwei beschwipste Stammtischbrüder über den Zaun der Sonthofener Grünen-Kaserne. Mit einer Rohrzange knackten sie das Schloß des Munitionsbunkers, und erst als die Eindringlinge mit einer Schachtel Munition wegliefen, wurden sie vom Wachhabenden erwischt.

Der Soldat schoß nicht. Wenn er nicht so „besonnen“ reagiert hätte, lobte sein Kommandeur hinterher, „wäre es möglicherweise zu einer Katastrophe gekommen“.

KIRCHE

Dogmatische Härte

Der in Ost-Berlin residierende Joachim Kardinal Meisner legt sich mit West-Berliner Katholiken an.

Jesuitenpater Walter Heinlein, 47, Seelsorger der katholischen Gemeinde Maria Regina Martyrum im Norden West-Berlins, hatte eine Vision.

Treffen sich Jesus und Marx im deutsch-deutschen Grenzgebiet, „der eine beargwöhnt von der Glaubensbehörde, der andere vom Zentralkomitee“. Aufpasser (West) und Aufpasser (Ost) hören das Gespräch mit, denn „beide Seiten benutzen die gleichen Wanzen“. So erfahren sie, daß sich Jesus und Marx, in der Kritik am eigenen Lager einig, gleichlautend fragen: „Warum steht mein Werk noch immer am Anfang?“

Seine Geschichte erzählte der Geistliche den Rias-Hörern in der Morgendandacht. Auch Glaubensbrüder im Bischöflichen Ordinariat saßen am Gerät; sie erzürnten sich über den unbotmäßigen Pater, dessen Konfliktbereitschaft seinen Vorgesetzten Joachim Kardinal Meisner schon lange „sehr traurig“ stimmt. Denn nicht zum erstenmal suchte Heinlein den Konflikt mit der Kirchenführung.

So sammelte der Jesuit, nachdem der Vatikan voriges Jahr den brasilianischen Befreiungstheologen Leonardo Boff gemäßregelt hatte, in seiner Gemeinde 144 Unterschriften für eine Protestresolution. Mal demonstrierte Heinlein im geistlichen Gewand gemeinsam mit den Gegnern eines Schießplatzes. Mal mußte ihm der Kardinal schreiben, er sei „verwundert, in Maria Regina Martyrum eine Ministrantin zu sehen“ – Heinlein nämlich weigert sich, anders als andere katholische Pfarrer in West-Berlin, weibliche Gottesdiensthelfer zu verstecken, wenn der Kirchenfürst erscheint.

Des Paters Zwist mit der Spitze erreichte zu Pfingsten den Höhepunkt. Heinlein sollte einen Hirtenbrief über die „christliche Familie als Hauskirche“ verlesen, obwohl in seinen Gottesdiensten „überwiegend alleinstehende ältere Leute“ sitzen, für die „das, was in dem Brief angesprochen wird, 40 bis 50 Jahre zurückliegt“. Mit dem Bemerken, der Kirchenleitung sei wohl „ein kleines Mißgeschick untergekommen“, schickte der Pater den Hirtenbrief unverlesen zurück.

Nun wird Heinlein gefeuert, wegen „mangelnder Kirchlichkeit“. Obwohl die Gemeinde protestiert („Das ist Willkür, Herr Kardinal“), bleibt das Ordinariat hart: „Pater Heinlein meint, daß er sich

stützt auf strenge Hierarchie, nach außen argwöhnisch über „Bewahrung und Einheit“. Gelegentlich kritisiert der Kardinal „totale geistige und geistliche Verwirrung“ im Westen der Stadt.

Eine polnische Aussiedlerin, die für sich und ihre minderjährigen Kinder als Reinigungskraft in der Kirche Maria Regina Martyrum den Unterhalt verdienen wollte, bekam die dogmatische Härte des Bischofs zu spüren. Die Frau darf, so das Verdikt, nicht beschäftigt werden – weil sie sich vor 17 Jahren hatte scheiden lassen und wieder heiratete.

Berufsverbot gibt es im westlichen Teil der Diözese selbst gegen katholische DDR-Flüchtlinge. Ihnen wirft das Ordina-



Protest-Pater Heinlein*: „Wanzen auf beiden Seiten“

nichts vorzuwerfen hat, doch der Bischof sieht das anders.“

Die Auseinandersetzung um den Jesuiten zeigt, wie gespannt das Verhältnis zwischen der im Osten der Stadt ansässigen Kirchenleitung und ihren West-Berliner Gliederungen ist. Anders als die Protestanten, die seit 1972 keine grenzüberschreitenden Kirchenbezirke mehr haben, halten die Katholiken an der Fiktion einer gesamtdeutschen Kirchenorganisation fest – mit einer Diözese, die ganz Berlin umfaßt.

Die 278 617 Katholiken West-Berlins erfahren, so Heinlein, daß ihre Kirche gelegentlich „noch viel konservativer ist als in einem Dorf im Schwarzwald“. Die Kirchenaufsicht ist pingelig auf Balance bedacht. Nach innen hält sie auf Abgeschlossenheit gegenüber dem real existierenden Sozialismus und wacht, ge-

nariat vor, sie hätten „ihre Herde drüben im Stich gelassen“. Das gilt auch für ehemalige DDR-Katholiken, die mit genehmigten Ausreisearträgen in den Westen gekommen sind. Einem Küster, der zur Pflege seiner kranken Schwester nach West-Berlin übersiedelt war, verwehrte das Ordinariat die Einstellung in einer Gemeinde.

Der hohe Herr in Ost-Berlin, so beklagten sich Mitglieder der Heinleingemeinde auf einer Protestversammlung, habe „keine Erfahrung, wie offen man hier auch in der Kirche redet“. Und so erntete der Kirchenobere auf den Rauschschuß des Jesuitenpaters unerwartet schroffe Kritik von der Basis.

Der Fall Heinlein, so schrieb Joachim Kühler, Vorsitzender des Pfarrgemeinderates von Maria Regina Martyrum, sei dem „verstockten“ Ordinariat lediglich ein „willkommener Anlaß, sein Mütchen zu kühlen“. Und in einer Resolution mit 123 Unterschriften unterbreiteten die

* Im November 1984, als Redner bei einer Demonstration gegen den Bau eines Schießplatzes in Gatow, West-Berlin.